



# WIESBADEN



Der Vorsitzende des Ausschusses für  
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und  
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 07.03.2013

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration  
am Dienstag, 12. März 2013, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. GENEHMIGUNG DER NIEDERSCHRIFT

### NEUE ANTRÄGE

2. **13-F-33-0015**

Wegweiser durch die Wiesbadener Integrations-Beratungsangebote  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 05.02.2013 -

Inzwischen verfügt Wiesbaden über eine nicht geringe Anzahl an Organisationen, die zur Beratung und Unterstützung von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte bereit stehen. Unter anderem sind KUBIS e. V., WIF, MigraMundi e. V., die Migrationsassistenten Wiesbaden, die Gesundheitslotsen in sozialen Belangen aktiv. Diese engagieren sich auch bei anstehenden Gesundheitsfragen, in der Bereitstellung eines Beistandes bei Behördengängen, in der Beratung und Lösung von menschlichen Problemen mannigfacher Art, dies für unterschiedliche, teilweise auch für übereinstimmende Zielgruppen.

Vielen Bürgerinnen und Bürgern sind diese Wiesbadener ‚NGOs‘ und ihre Leistungsangebote nicht hinreichend bekannt, obwohl der Bedarf für solche Unterstützungen erheblich ist.

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 12. März 2013

Aus diesem Grunde ist es sinnvoll, einen ‚niedrigschwelligen‘ Wegweiser zu erstellen, der einen Überblick über die in Wiesbaden verfügbaren Beratungsangebote bietet. Für Form und inhaltliche Gestaltung kann der Stadtteilwegweiser ‚KIEZ‘ Orientierung geben, wie er beispielsweise für das Westend erfolgreich erarbeitet wurde.

*Der Ausschuss möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten,

angelehnt an den Stadtteilwegweiser ‚KIEZ‘ eine Information zu erstellen, die insbesondere für Menschen mit sog. Migrationshintergrund in leicht verständlicher Form einen Überblick über die Wiesbadener Beratungs- und Unterstützungsangebote bietet und sie nicht nur in Printform vorzulegen, sondern auch digital über ein Internetportal.

### 3. 13-F-03-0023

Kontrolle Jugendschutzgesetz - Alkohol  
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen 27.02.2013 -

Um Jugendliche vor den Folgen unmäßigen Alkoholkonsums zu schützen, ist es wichtig, dass sie den Alkohol erst gar nicht bekommen. Um den käuflichen Erwerb zu verhindern, hat der Magistrat in der Vergangenheit Kontrollkäufe bei Einzelhändlern durchgeführt.

*Der Ausschuss möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Kontrollen wurden bislang und werden weiterhin durchgeführt?
2. Wie viele Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz wurden festgestellt?
3. Welche Konsequenzen sind nach Feststellung der Verstöße erfolgt?

### 4. 13-F-03-0024

Warmes Wiesbaden  
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 21.02.2013 -

Die ehrenamtlichen Mitglieder des Vereins Warmes Wiesbaden engagieren sich in vielen Projekten. Unter anderem leisten sie gemeinsam mit der AIDS-Hilfe Aufklärungsarbeit an Wiesbadener Schulen im Rahmen des SchLAU - Projekts. SchLAU leistet schwul-lesbische Aufklärungsarbeit und wurde in NRW von Fachleuten entwickelt. Nachdem Wiesbaden viele Jahre ohne CSD (Christopher Street Day) auskommen musste, hat Warmes Wiesbaden es 2012 geschafft den CSD wieder in Wiesbaden stattfinden zu lassen. Für 2013 ist geplant, den CSD im August zu feiern.

*Der Ausschuss möge beschließen:*

Es werden Vertreter/innen des Vereins Warmes Wiesbaden zu einer der kommenden Ausschusssitzungen eingeladen, um über die Arbeit des Vereins, insbesondere über das SchLAU-Projekt und die Planung für den CSD 2013 zu berichten.

**5. 13-F-03-0025**

**DEMOKRATISCHE TEILHABE FÖRDERN**

- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 04.03.2013 -

Am 23.4. fand in der Landeshauptstadt Wiesbaden der erste Wahlgang für das Amt des Oberbürgermeisters statt. Die Wahlbeteiligung war gering, nur ein Drittel der Wahlberechtigten nutzte sein Recht auf demokratische Mitbestimmung. Um mehr Mitmenschen zur Ausübung ihres Wahlrechtes zu bewegen und so essentielle Strukturen unseres demokratischen Systems zu stärken, gilt es die Stimmabgabe politisch neutral zu bewerben und zu erleichtern.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. An den Wahllokalen wird am Tag vor der Wahl ein Hinweiszettel angebracht, der das Wahllokal als solches kennzeichnet und darüber hinaus die wichtigsten Punkte zur Stimmabgabe beinhaltet.
2. Bei Änderungen des Ortes des Wahllokals wird am ursprünglichen Wahllokal ein Hinweis auf den neuen Standort mitsamt einer Wegbeschreibung dorthin angebracht.

**ANTRAG MIT VORLAUF**

**6. 12-F-03-0148**

Aufnahme von Flüchtlingen in Wiesbaden

- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 05.11.2012 -

**ANLAGE**

**7. BERICHT DER DEZERNENTIN**

**8. 11-F-03-0049**

Moscheebau in Wiesbaden

- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 15.08.2011 -

HIER: mündlicher Bericht

**9. 11-F-33-0012**

Namen von öffentlichen Einrichtungen

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 15.06.2011 -

HIER: Erweiterung des Sonderausschusses

**NEUE SITZUNGSVORLAGEN**

**10. 13-V-30-0001**

**DL 05/13-9**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden X  
(Wiesbaden-Naurod/Auringen)

**11. 13-V-30-0002**

**DL 07/13-5**

Vorschlag für die Wahlen dreier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden IX  
(Wiesbaden-Breckenheim/Medenbach/Igstadt)

**12. VERSCHIEDENES**

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek  
Vorsitzender